

**Zeitschrift:** Schweizer Schule  
**Herausgeber:** Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz  
**Band:** 55 (1968)  
**Heft:** 24

**Artikel:** Thesen zur Schulfrage. Teil 4 : der schweizerische Freisinn zur Schul- und Bildungspolitik  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-537448>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 17.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

und Konfessionen mit in den Unterricht einbezogen werden, sowie allgemeine aktuelle Probleme aus allen Lebensbereichen.

9. Vom Religionslehrer erwarten sie, soweit sie an der Sache interessiert sind, daß er eine gute theologische und psychologisch - pädagogische Ausbildung mitbringt, vor allem aber eine lebendige religiöse Überzeugung in Verbindung mit einem persönlichen Engagement.

10. Die stärkste Ablehnung erfährt bei den Schülern und Schülerinnen der Schulgottesdienst, ganz gleich, ob er an ihrer Schule fünfmal in der Woche oder einmal oder nur 14tägig angesetzt ist. Er wird so oder so von fast allen als direkter

Zwang erlebt ohne irgend einen inneren Bezug zu dem Geschehen am Altar.

11. Die gesamte Problematik des Religionsunterrichtes und seiner Voraussetzungen wird von den zusätzlich befragten Religionslehrern der Oberstufe klar und deutlich gesehen. Die Gründe dafür werden von ihnen differenziert und detailliert aufgezeigt und entsprechende Änderungsvorschläge vorgetragen. In der Beurteilung der Glaubenshaltung der Schüler und Schülerinnen weichen allerdings die einzelnen Meinungen weit voneinander ab, was aufs neue die Bedeutung dieser und ähnlicher Untersuchungen unterstreicht (SK/1968/XI/50).

## Thesen zur Schulfrage IV

Der schweizerische Freisinn zur Schul- und Bildungspolitik

### *Bessere Ausbildung — mehr Forschung*

Unser Staat beruht als demokratisches Gemeinwesen auf der Überzeugung, daß sein Schicksal weitgehend vom Bildungsstand seiner Bürger abhängt. Sicherung gleicher Bildungsmöglichkeiten für alle Begabten, ungeachtet ihrer finanziellen Möglichkeiten, war von jeher eines der Hauptanliegen des liberalen Bundesstaates. In einer Zeit wirtschaftlicher Blüte kommt der entschiedenen Förderung der Schul- und Bildungspolitik in doppelter Hinsicht ein wichtiger Platz zu. Einerseits birgt die anhaltende Hochkonjunktur die Gefahr in sich, daß unser Denken allzu materialistisch wird. Dieser Gefahr durch Förderung der geistigen, moralischen und staatsbürgerlichen Werte zu begegnen, ist daher eine staatspolitische Pflicht. Andererseits erheischt ein weiterer wirtschaftlicher Fortschritt zusätzliche Anstrengungen in der Aufwertung der beruflichen Tüchtigkeit. Es ist notwendig, die Talente unserer Volkes noch besser zu erfassen, sie noch besser zu leiten und damit zweckmäßiger zur Entfaltung zu bringen. Dabei dürfen wir uns nicht auf den gegenwärtig besonders intensiv diskutierten Ausbau der Schulung wissenschaftlicher und technischer Kader beschränken. Wir

brauchen auch in den Maschinensälen der Industrie, in den Werkstätten des Gewerbes und auf den Bauernhöfen Arbeitskräfte mit der bestmöglichen Ausbildung.

Um dieses Ziel zu erreichen, befürwortet die Freisinnig-demokratische Partei folgende Maßnahmen:

- Die kantonalen Schulsysteme sind so aufeinander abzustimmen, daß die heute üblichen Schwierigkeiten bei Wohnortwechsel über Kantongrenzen hinweg dahinfallen;
- unser Schulwesen muß flexibler gestaltet werden, Wechsel von einem Schultyp zum andern — beispielsweise vom Gymnasium zum Lehrerseminar — sollten künftig mit weniger Schwierigkeiten verbunden sein;
- im Berufsschulwesen und in der Fortbildung qualifizierter Kräfte für Landwirtschaft, Gewerbe und Industrie muß der fortschrittliche Ausbau weitergeführt werden. Die Berufsberatung ist weiter auszubauen, damit wirklich alle Jugendlichen in Stadt und Land den ihnen am besten entsprechenden Berufen zugeführt werden;
- beim gegenwärtigen System des Berufsbildungswesens kommt der Betreuung der ungelerten jugendlichen Berufstätigen vielfach zuwenig Beachtung zu. Diesen müssen künftig vermehrte Möglichkeiten zur Weiterbildung geboten werden;
- die Information über das Stipendienwesen ist

\* Damit setzen wir unsere Artikelfolge über die Programme unserer politischen Parteien zur Schulfrage in der Schweiz fort. (Siehe «Schweizer Schule» Nr. 1, 17, und 21!)

- zu verbessern, damit sich alle Eltern leicht über die bestehenden Möglichkeiten zu orientieren vermögen. Die chronische Zimmernot in unseren Universitätsstädten und die damit verbundene Verteuerung der Studienkosten sollte durch den Bau einer ausreichenden Zahl von Studentenwohnheimen beseitigt werden;
- die Lehrkräfte aller Stufen sind periodisch in obligatorischen Weiterbildungskursen über die neuesten wissenschaftlichen und unterrichtsmethodischen Entwicklungen zu orientieren;
- um die Bildungspolitik auf eine bessere Grundlage stellen zu können, ist der Ausbau einer wissenschaftlichen Nachwuchsforschung eine dringende Notwendigkeit;
- die Bestrebungen der Schule, Turn- und Sportorganisationen und des Vorunterrichts zur körperlichen Ertüchtigung der Jugend werden von der Partei nachhaltig unterstützt;

- eine bessere Koordination zwischen den schweizerischen Hochschulen ist dringend notwendig. Sie ist grundsätzlich auf freiwilliger Basis anzustreben. Die Bundesbeiträge sind unter Koordinationsgesichtspunkten gezielt einzusetzen;
- auf dem Gebiet der Grundlagenforschung ist eine Konzentrierung der Mittel anzustreben, indem sich die Hochschulen auf eine Arbeitsteilung einigen. Die angewandte Forschung ist weiter auszubauen. Grundsätzlich soll sie durch freiwillige Zusammenarbeit der Wirtschaft gefördert werden. Durch gesteigerte internationale Zusammenarbeit sollen auch ausländische Erfahrungen vermehrt nutzbar gemacht werden.

(Aus dem Wahlmanifest des Freisinns zu den Wahlen 1967, Seite 20 f.)

## Zur Kontroverse um den PU (Nr. 14, 18, 20)

Sehr geehrter Herr Iten,

ich hoffte, mit meinem versöhnlich gehaltenen Brief den Weg zu einer Verständigung zu ebnen. Wohl sehen Sie im normierten Bereich, wie Sie sagen, eine Möglichkeit für den PU. Sobald Sie aber mit einem Programm konfrontiert werden, ziehen Sie ohne weiteres den konventionellen Unterricht vor. Es ist Ihr gutes Recht, schlechte Programme zu kritisieren, den herkömmlichen Unterricht zu propagieren und ihn einem Programm vorzuziehen. Niemals aber dürfen Sie ein Programm, ob gut oder schlecht, willkürlich zusammenfassen und dadurch entstellen, um es so als Argument für Ihre Meinung heranzuziehen, wie Sie das in Ihren *beiden* Beiträgen getan haben. Diesmal (in Nr. 20) mußte das Suezkanalprogramm von Zielinski/Schöler (1964) herhalten, in dessen ersten 13 Lernschritten der Schüler wahrlich mehr zu tun hat, als nur «einen Verbindungsstrich in eine Kartenskizze einzutragen und dieses Zeichen Suezkanal zu benennen», wie Sie den Leser durch Ihre Darstellung glauben machen wollen.

Die Art, wie Sie dieses Programm, hinter dem jahrelange wissenschaftliche Forschung und höchstes pädagogisches Verantwortungsgefühl stehen, gleichsam mit der linken Hand erledigen,

zeigt mir, daß Sie an einer *sachlichen* Auseinandersetzung nicht interessiert sind. Finden Sie nicht auch, daß es keinen großen Sinn hat, diese unsere Diskussion fortzusetzen?

Hochachtungsvoll

Karl Graf

Sekundarlehrer

9652 Neu St. Johann

NB: Mit «Demokratisierung des Bildungsgeschehens» bezeichnen Zielinski/Schöler etwas anderes als Nivellierung (vergleiche Methodik).

*Nachschrift der Redaktion:*

Wir fordern unsere Leser auf, ihre Ansicht zu dieser Kontroverse zu äußern. Schreiben Sie uns, wir werden Ihre Meinung in der «Schweizer Schule» veröffentlichen.

---

*Ist kein Arbeiter um seinen Lohn betrogen;  
Der Lehrer lernt, und der Erzieher wird erzogen.*

Friedrich Rückert

---